

SPD kritisiert Kita-Situation

In den letzten Wochen haben anscheinend viele Flörsheimer Eltern, die ihre Kinder zum neuen Kindergartenjahr 2022/2023 für eine Flörsheimer Kindertagesstätte angemeldet erneut Absagen erhalten. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion hat deshalb einmal mehr die schon seit Jahren unzureichende Situation bei der städtischen Kinderbetreuung kritisiert.

„Immer wieder haben wir und andere auf die fehlenden Kinderbetreuungsplätze hingewiesen. Die Schaffung neuer Plätze wird aber schon seit Jahren hinausgezögert. Schlimmstes Beispiel ist die Kindertagesstätte Pustebume in Weilbach, über den Ausbau schon seit fast zehn Jahren diskutiert wird. Mit den Baumaßnahmen wurde zwar Ende vergangenen Jahres begonnen, allerdings verzögert sich jetzt die Fertigstellung erneut. Schon seit Jahren gibt es einen gesetzlichen Rechtsanspruch für die Betreuung, gegen den die Stadt ebenfalls schon seit Jahren verstößt“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Melanie Ernst.

Die erste Stadträtin und zuständige Dezernentin Renate Mohr setze ihren Schwerpunkt offensichtlich bei der Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung und besonderen Angeboten. Dies sei zwar grundsätzlich zu begrüßen, oberstes Ziel müsse zunächst aber die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz sein, und hier komme die erste Stadträtin ihren Pflichten nicht nach. „Mit dem Neubau der Kita Pustebume und dem Neubau des katholischen Kindergartens in Wicker werden lediglich 24 neue Krippenplätze geschaffen und das bei Kosten von jeweils rund 4 Millionen € für jede Kita“, heißt es in der Erklärung der Sozialdemokraten weiter.

Auch administrativ gibt es nach Meinung der SPD immer wieder Defizite. So seien die Informationen über die aktuelle Situation bei der Kinderbetreuung im zuständigen Ausschuss unzureichend und zögerlich.

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion hat wegen der aktuellen Situation jetzt eine Anfrage gestellt. Darin wird unter anderem nach der Zahl der Anmeldungen für die Kinderbetreuungseinrichtungen und der Zahl der Absagen und deren Zeitpunkt gefragt. Es geht aber auch um die Größe der Wartelisten, die Berücksichtigung der von den Eltern gewünschten Einrichtung, die Höhe des Bedarfs in den einzelnen Ortsteilen und den aktuellen Stand der Planungen für weitere Kinderbetreuungsplätze.